

Aachen, den 24.05.2010

Loosen • Meischenfeld 54 • 52076 Aachen

An Herrn
Dr. Peter Ramsauer, MdB
Bundesminister für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung
Wilhelmstr. 68 / Zi. 3.357
10117 Berlin
Fax: 030-227 76 350

Aktuelle Haushaltsdiskussion und Bundesstrasse B50 - Hochmoselübergang

Sehr geehrter Herr Minister,

ich wende mich an Sie wegen der im Augenblick sehr strittigen Frage des Ausbaus der Bundesstraße 50 und insbesondere des damit verbundenen Hochmoselübergangs. Besondere Bedeutung scheint mir diese Frage vor dem Hintergrund der zurzeit geführten außerordentlich schwierigen Diskussionen über den aktuellen Bundeshaushalt zu erlangen. Wie der Presse zu entnehmen ist, verlangt der Bundesfinanzminister, dass auch das Bundesministerium für Verkehr Einsparungen von vielen 100 Millionen € vorlegt. Wenn man der Berichterstattung glauben darf, scheint das ja sehr schwierig zu sein.

Dies ist allerdings für zahlreiche von der Baumaßnahme B50 betroffene Bürger nicht recht verständlich: zahlreiche Bürger lehnen die Baumaßnahme B50 strikt ab und auch die nationale und internationale Presse (zum Beispiel die New York Times) kann dieser Baumaßnahme durch eine jahrtausendealte Kultur- und Weinlandschaft hindurch überhaupt nichts abgewinnen. Wenn die B50 nicht realisiert würde, könnten auf einen Schlag einige 100 Mio € eingespart und so schon ein nennenswerter Teil der vom Bundesfinanzminister verlangten Einsparungen erzielt werden. Und ein großer Teil der Bürger, die von der B50 betroffen sind, würde dem auch noch freudig zustimmen! Was kann es Schöneres für einen Politiker geben?

Für mich ist nicht verständlich, wieso die Politik mit einer an Blockade grenzenden Haltung dieses erhebliche Einsparpotenzial nicht nutzt. Als Kompromiss würde sich noch anbieten, die Bundesstraße zwar zu realisieren, aber ohne den extrem teuren Hochmoselübergang, und zwar durch eine erdgebundene Linienführung durch flachere Teile des Moseltals hindurch. Solche Lösungen wurden zu Anfang auch erwogen aber aus unerfindlichen Gründen nicht weiter verfolgt.

Gerade in Zeiten eines besorgniserregenden Schuldenstands der öffentlichen Hand sollte hier sorgfältig mit dem Eigentum und der Schuldenbelastung der Bürger umgegangen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Peter Loosen